

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1914. Nr. 210.

Jahrgang 207.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 6. Mai 1914.

Preis: 10 Pf. für den Abonnenten. Einzelhefte 1 Pf. 50. (Postgebühren sind extra zu zahlen.)

Verlag: Verlagsdruckerei G. G. G. in Halle (Saale). Druck: Druckerei G. G. G. in Halle (Saale).

Verlagsdruckerei G. G. G. in Halle (Saale). Druck: Druckerei G. G. G. in Halle (Saale).

Verlagsdruckerei G. G. G. in Halle (Saale). Druck: Druckerei G. G. G. in Halle (Saale).

Der Militärretai am Reichstag.

Sitzung vom 5. Mai 1914.

Am Bundesratsstische: Preussischer Kriegsminister v. Falkenhayn.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 3 Minuten. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Anfrage der Abge. v. Weidling (Wesf.) und Wehrens (Westf.), ob es richtig sei, daß den Wehrmännern, die auf Grund der Wehrverpflichtungsordnung erst am 1. Januar 1914 wehrfähig geworden sind, von manden Kronen- und Wehrverpflichtungsbehörden das Wechseltage mit der Begründung verweigert werde, daß sie noch nicht sechs Monate der Kronenliste angehören.

Direktor im Reichstag des Innern Dr. Caspar: Die Frage ist von den Wehrverpflichtungsbehörden zu entscheiden. Der Reichstagler ist deshalb nicht in der Lage, durch eine Abänderung der Entscheidung vorzugreifen. Hierauf wurde die geforderte namentliche Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten vom Gesetzentwurf über die Konkurrenzklause, vorgenommen, wonach bei der Erfüllungslage der Wehr der Wehrpflichtige ausgeschlossen sein soll. Das Ergebnis ist die Ablehnung des Antrages mit 215 gegen 99 Stimmen; ein Mitglied enthielt sich der Abstimmung.

Es folgten Petitionen. Zunächst wurde der Antrag der Petitionskommission, über die Petition, betreffend den sogenannten heimlichen Warenhandel, zur Tagesordnung überzugehen, angenommen.

Die weiteren auf der Tagesordnung stehenden Petitionen wurden von der Tagesordnung abgelehnt.

Es folgte die zweite Beratung des Militäretats.

Die Beratung begann mit dem Titel „Kriegsmilitärretai“.

Preussischer Kriegsminister v. Falkenhayn: Bei Beginn der zweiten Beratung erachte ich es für meine Pflicht, Ihnen Mitteilungen zu geben über die Art und Weise, in der sich die Wehrverpflichtung in der Wirklichkeit umgesezt hat. Sie wissen alle, daß es sich darum handelte, die Vorbereitungen zu treffen für die Aufnahme von 60 000 Mann und etwa 18 000 Wehrmännern, als wir bis dahin gehabt hatten. Wenn ich zunächst über den Mannschafretai spreche darf, so kann ich Ihnen mitteilen, daß die Aufführung desselben ohne jede Schwierigkeit gelungen ist. (Beifall.) Wir haben übrig behalten im letzten Jahre noch 38 000 völlig taugliche Mannschaften, (heißt! heißt!), die wir nicht mehr einstellen konnten. (Erneutes Heißt! heißt!) Dabei sind die Anforderungen an die Tauglichkeit in keiner Weise abgemindert worden. Der beste Beweis dafür ist, daß in diesem Jahre bis Ende Januar von dem im Herbst eingestellten Mannschafretai nur 1 Prozent zur Entlassung gekommen sind wegen später sich herausstellender körperlicher Fehler, während im Vorjahre noch 4,5 Prozent entlassen werden mußten. Ebenso wenig haben wir es in irgendeiner Weise an Wohlwollen für diejenigen wehrfähigen Mannschaften fehlen lassen, die denen eine Befreiung vom Dienst im Interesse ihrer Familie notwendig war. Wie haben in diesem Jahre 0,81 Prozent mehr befreit, als im Vorjahre, wo es 0,37 Prozent waren. Nun ist außerhalb dieser Zahl, die ich eben nannte, natürlich noch ein sehr erheblicher Teil von Mannschafretai zur Ersatzreserve genommen worden, deren Zahl ich hier nicht nennen möchte. Der

Offiziersretai hatten wir einen Bedarf von 10 000 Stellen. Sie stellen sich nach dem Bewilligung der neuen Truppenteile nur noch 4000 Stellen. Wir würden den Rest schon in diesem Jahre decken können, wenn nicht ein neuer Bedarf im Oktober einträte, durch weitere Durchführung der beschlossenen Formationsänderungen. Die Sache ist allerdings nicht ganz so günstig wie es auf den ersten Blick erscheint. Wir haben nämlich aus recht erklärlichen Gründen bei den derzeitigen Waffen einen Überfluß an Unteroffizieren, während bei den Fußtruppen sich ein Mangel eher geltend macht.

Sie sehen also, daß die Bestimmungen, die wir ich glaube von manden Seiten an den Seereserlok geknüpft waren, sich nicht bewährt haben. Was nun die Remontierung, d. h. Ausrüstung des Seeres mit Wehrbedarfs, so darf ich

zunächst bemerken, daß der Mehrbedarf von 1800 Mann, d. h. noch nicht volljähriger Wehr, über den früheren Bedarf hinaus, ohne jede Schwierigkeit aus Rüsterekräften gedeckt werden konnte. Von Ende August an franten wir anfangen mit dem Ankauf der volljährigen Wehr. Es handelte sich um 17 000 Wehr, die bis Anfang November gekauft werden mußten. Außerdem war es nötig, eine beschränkte Zahl von Kavalleristen zu kaufen — die 17 000 waren Mannschafretai. — Das Urteil über das Resultat dieses Ankaufs ist im allgemeinen durchaus günstig. Freilich haben sich während des letzten Winters die Seuchen in unseren militärischen Ställen gehäuft und teilweise einen bedrohlichen Charakter angenommen. Da davon lebhaftig die Sprache war, ohne ich Schwierigkeit aus Rüsterekräften zu haben, so wurde die Seuchen durch die Ankäufe von Kavalleristen nicht verschuldet, aber ob etwa die zu große Beschleunigung oder die zu große Anspannung, die wir von Anfang an den Wehrden haben autell werden lassen, die Schuld trägt, ist noch nicht ganz klar. Jedenfalls fordert uns diese Beobachtung aber dazu auf, im laufenden Jahre, wo sich diese Ankäufe ja wiederholen werden, wenn auch nicht in solchem Umfange, noch vorzichtiger zu sein mit der Überführung der Wehr in unsere Dienststellung und noch vorzichtiger zu sein mit der graduellen Steigerung der Ansprüche, die an solche Wehr, welche aus dem gewöhnlichen bürgerlichen Leben kommen, aus dem gewöhnlichen Gebrauch der Wehr in bürgerlichen Leben kommen, zu stellen sind. Die Mittel, die Sie für die Befreiungsbauten bewilligt haben, sind bisher verwendet worden, um die

Kriegsgegenstände anderer Grenzstellungen überall in wirksamer Weise zu steigern. Eine der schwierigsten Aufgaben für uns war es natürlich, die

Unterstützung für diesen Massenzustuf zur Armee sicher zu stellen in der kurzen Zeit von Juli bis Oktober. Es mußten nicht weniger als 250 000 Mannschaften aus dem wehrfähigen Bundeskleinbauvorhaben zur Erneuerung der bestehenden Unterfrüskräfte für die Staatsverpflichtungen vorgenommen werden. Die Bauten für die Wehrverpflichtung sind sämtlich vollendet, die für die Mannschafretai natürlich noch nicht, sie sind im Bau. Solobraden für die provisorische Unterbringung der Mannschafretai wurden für 14 Bataillone, 6 Kavallerieregimenter, 3 Artillerieabteilungen und 12 einzelne Kompagnien in der Zeit vom Juli bis Oktober errichtet. Diese sind sämtlich bis zum 1. Oktober in Ordnung gewesen und haben sich ganz vortrefflich bewährt, was der glänzende Gesundheitszustand der Armee jetzt. Anstände in der Truppen- und Wehrunterbringung sind nur in ganz wenigen Orten herorgetreten. Die Bevölkerung ist nur in einem einzigen Falle in Mitleidenhaftigkeit gezogen worden. Die Bevölkerung ist allerdings noch auf eine andere Weise in Mitleidenhaftigkeit gezogen worden, nämlich durch die Unterbringung der Offiziere und Beamten, da es nicht gelungen war, rechtzeitig die nötige Zahl von Wohnungen bereit zu stellen. Das war aber auch nicht zu verlangen, und die davon Betroffenen mußten sich damit abfinden. Einmal ist leider ist die Angelegenheit in Bezug auf die enorme Steigerung der Mietansprüche, der Mietpreise in verschiedenen Garnisonen; ich kann aber zu meiner Freude schon heute mitteilen, daß fast überall sich schließlich die Verhandlungen, die wir mit den Stadterwaltungen geschlossen haben, erfolgreich erwiesen haben, und daß die schlimmsten Notstände jetzt abgestellt sind. Die Verpflegung war überall sicher gestellt. Wie ich schon vorhin sagte, ist der

Gesundheitszustand in der ganzen Armee vortrefflich gewesen und geblieben, und das Jahr 1913 ist ein Rekordjahr auf diesem Gebiet. Ein neuer glänzender Beweis für die vortreffliche Tätigkeit unserer Sanitätsdienstleistungen. Verhältnismäßig die größten Schwierigkeiten hat die Beschaffung der Bekleidung und Ausrüstung gemacht. Trotzdem ist nicht ein einziger Truppenteil nicht ausrüstungsfähig gewesen. Man hat sich mit den für die Wehreren vorhandenen Materialbehörden und den Materialbehörden in der Kaiser- und Königin-Kommission, die dem Kaiser und Königin gemeldet werden, dahingehend neue Verbände sämtlich in kriegsbereitem Zustande ausrüstungsfähig vorhanden waren. (Beifall.) Sie wissen, daß ich nicht beteiligt gewesen bin bei den Ausrüstungsbestimmungen auf Grund der Wehrverpflichtung; ich kann umso unbefangener hier ausprechen, daß die Arbeit, die von den Wehrverpflichtungsbeamten vollbracht worden ist, geradezu außerordentlich ist, und daß diese Herren die größte Anerkennung verdienen. (Beifall.)

Abg. Schulz-Erurt (Soz.): Herr von Geeringen, der die ungeheuerliche Vorgabe, die die Welt je gesehen hat, hier vertrat, hat sofort nach der letzten Abstimmung in dritter Lesung mit geradezu sturdtartiger Eile das Kriegsministerium verlassen. Während der Verhandlung der Wehrverpflichtung ist es so dargestellt worden, daß wir vor einer schweren Kriegsverpflichtung ständen und dem Schlimmsten ausgesetzt wären, wenn wir nicht auch das Letzte bewilligen würden. So glaube, wir würden nunmehr auf Grund der hinterher gemachten Erfahrungen zu der Ansicht kommen, daß diese ganze Neben- und Hauptfrage erledigt seien sind. (Beifall.)

Abg. Schulz-Erurt (Soz.): Herr von Geeringen, der die ungeheuerliche Vorgabe, die die Welt je gesehen hat, hier vertrat, hat sofort nach der letzten Abstimmung in dritter Lesung mit geradezu sturdtartiger Eile das Kriegsministerium verlassen. Während der Verhandlung der Wehrverpflichtung ist es so dargestellt worden, daß wir vor einer schweren Kriegsverpflichtung ständen und dem Schlimmsten ausgesetzt wären, wenn wir nicht auch das Letzte bewilligen würden. So glaube, wir würden nunmehr auf Grund der hinterher gemachten Erfahrungen zu der Ansicht kommen, daß diese ganze Neben- und Hauptfrage erledigt seien sind. (Beifall.)

Abg. Schulz-Erurt (Soz.): Herr von Geeringen, der die ungeheuerliche Vorgabe, die die Welt je gesehen hat, hier vertrat, hat sofort nach der letzten Abstimmung in dritter Lesung mit geradezu sturdtartiger Eile das Kriegsministerium verlassen. Während der Verhandlung der Wehrverpflichtung ist es so dargestellt worden, daß wir vor einer schweren Kriegsverpflichtung ständen und dem Schlimmsten ausgesetzt wären, wenn wir nicht auch das Letzte bewilligen würden. So glaube, wir würden nunmehr auf Grund der hinterher gemachten Erfahrungen zu der Ansicht kommen, daß diese ganze Neben- und Hauptfrage erledigt seien sind. (Beifall.)

Wenn man uns damals die Kriegsverpflichtung an die Wand malte, so mußten die Herren in den verantwortlichen Stellen im Innern dieses Landes den seltsamen Glauben an die Unerschütterlichkeit des Friedens gehabt haben. Denn sonst wäre es doch geradezu ungeheuerlich gewesen, wenn der damalige Kriegsminister im Augenblicke einer so umfassenden und noch nie dagewesenen Neuorganisation des Seeres fortgegangen wäre. Als der Name des jetzigen Kriegsministers genannt wurde, gab es zunächst ein allgemeines Schütteln des Kopfes. (Geister!) Dann erfuhr man, daß er sich der Fremdsprache des Seeres in der Deregulation aus v. Falkenhayn hat die bekannte preussische Maßhaltigkeit beigegeben, die so schön war, daß sie selbst der preussische Landtag ...

Präsident Dr. Kaempf: Ich muß Sie doch dringend bitten, derartige Ausdrücke nicht zu gebrauchen. (Beifall rechts.) Abg. Schulz (Soz.) fortfahrend: Das hat vielleicht genügt, um diesen Herrn an die Spitze des Kriegsministeriums zu setzen. Der Kronprinz hat aber noch keine Beweise gegeben für seine militärische Tüchtigkeit. (Wechselt Unruhe rechts. Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Schulz (Soz.): Sie sprechen zum Gehalt des Kriegsministers. Ich bitte Sie, den Kronprinz in der Sache aus dem Spiele zu lassen. (Beifall rechts; Unruhe b. d. Soz.) Abg. Schulz (Soz.) fortfahrend: Die Vorgänge bei diesem Ministerwechsel scheinen mir typisch für die für eine neue Gedankenrichtung in unserem heutigen Offizierskorps, es scheint ein neuer Geist zur Geltung gekommen zu sein, der Geist, der da sagt: Wir Offiziere sind der erste Stand; der Wehrstand soll leben, der Rüststand soll gehen. Die Treiber der Rüstungsindustrie gehen weiter. Warum schreit der Kriegsminister nicht ein gegen die arbeitslosen Offiziere, die Politik treiben, wenn er gegen die arbeitslosen nicht vorgehen zu können glaubt? Der Wehrer braucht dann mehrere Fälle vor und fuhr fort: Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie das preußische Heer verfallen würde. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaempf rief den Wehrer wegen dieser Äußerung zur Ordnung. Mit seiner bristen Antwort, die Generalmajor Wild von Sohenborn in der Frage, die die Frage wegen der Vorankommisse bei nördlichen Streitigkeiten, gab, ist bewiesen, daß in militärischen Kreisen seit den 30 Jahren Tagen eine geschnellene Stimmung herrscht. Graf Wehrer brachte es sogar fertig zu behaupten, die sozialdemokratischen Wehrer hätten die erste, allerdings auf unrichtigen Informationen beruhende Werbung über die Unfälle bei Döbrup über besseres Wissen gebracht. Solche Verächtlichkeiten ehrenvoller Männer muß ich zurückweisen. (Beifall.)

Abg. Schulz (Soz.) fortfahrend: Sie dürfen nicht von Verächtlichkeiten sprechen. Ich rufe Sie zur Ordnung. Unruhe und Zurufe bei den Soz. Der Vizepräsident rief auch den Abg. Schulz (Soz.) zur Ordnung. Die neue, tatsächlich unalte Verordnung über den Waffengebrauch ist ein ungeheurer Rückschritt und eine Verhinderung der bestehenden Wehr. Wir haben andere eigene Anwesenheit, die Seeresorganisation und Landesverteidigung. Das stehende Heer bekämpfen wir mit geistlichen Mitteln, nicht zuletzt durch unsere alljährliche scharfe Kritik des Militäretats. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulz (Soz.): Für uns ist das stehende Heer ein Wadtmittel zur Aufrechterhaltung der Wohlthat des deutschen Reiches und des Weltfriedens. Wir sehen es nicht an als ein Wadtmittel gegen das Volk, sondern für die Gesamtheit des deutschen Volkes. An diesem Nutzen eines starken Heeres ist die Sozialdemokratie nicht am allergeringsten mit beteiligt. Den Versuch mit der Militäremodern nicht zu machen wird nicht. Er würde uns viel teurer zu stehen kommen. Das Jahr 1870 hat bewiesen, was wir an unheimlicher Kosten haben. Sie haben schon auf dem Standpunkt, daß die Wehrverpflichtung absolut notwendig war. Es ist ein unerhörtes Vorgehen, die Gründe dafür als Schaumfischlägerei zu bezeichnen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die militärische Entscheidung im Jahre 1913 und 1914 hat unsere Auffassung bestätigt. Nur unsere frühere Haltung hat den Wehrer in Wahrheit können. Heute können wir mit bedauerlichem Stolz darauf hinweisen, daß die deutsche Seeresorganisation sich dabei bewährt hat. (Beifall rechts und im Zentrum.) Es ist besonders anzuerkennen, daß dies ohne jede Erschütterung des wirtschaftlichen Lebens und kaum merkbar für das Volk vor sich ging. Man darf dabei nicht außer Acht lassen, welche Schwierigkeiten andere Nationen dabei gehabt haben. Das geht soweit, daß solche Nationen heute das noch nicht durchgeföhrt haben, was sie vor uns bewilligt haben. Das ist ein weiterer Grund für die Anerkennung und zum Schluß. (Beifall rechts und im Zentrum.) Aber auch andere Gründe der Bevölkerung, ganz besonders unsere Industrie, hat in der knappen Zeit mitgearbeitet, daß bis zum 6. Oktober alles reiflich durchgeföhrt werden konnte. Diese rasche Durchföhren hat ebenso wertvoll. (Garantien für die

Erhaltung des Weltfriedens. Wir haben allerdings die Militärvorlage mit verschiedenen Hypothesen belastet. Die Militärvorhaltung hat unferen Resolutionen kein altes Heer entgegengekehrt. Ich bedauere, daß eine Reihe von Wäntigen nicht erwägen ist, aber wir werden sie erneut besprechen und zur Beschlußfassung bringen. Auf jeden Fall hat die Seeresverwaltung hierbei den

Erhaltung des Weltfriedens. Wir haben allerdings die Militärvorlage mit verschiedenen Hypothesen belastet. Die Militärvorhaltung hat unferen Resolutionen kein altes Heer entgegengekehrt. Ich bedauere, daß eine Reihe von Wäntigen nicht erwägen ist, aber wir werden sie erneut besprechen und zur Beschlußfassung bringen. Auf jeden Fall hat die Seeresverwaltung hierbei den

Erhaltung des Weltfriedens. Wir haben allerdings die Militärvorlage mit verschiedenen Hypothesen belastet. Die Militärvorhaltung hat unferen Resolutionen kein altes Heer entgegengekehrt. Ich bedauere, daß eine Reihe von Wäntigen nicht erwägen ist, aber wir werden sie erneut besprechen und zur Beschlußfassung bringen. Auf jeden Fall hat die Seeresverwaltung hierbei den

guten Willen gesetzt. Ich bin überzeugt, daß unter unseren guten Soldaten keine 20 000 keine Sozialdemokraten sind. (Zuversichtlich im Zentrum und rechts: Widerspruch bei den Sozialisten.) Das sage ich zur Ehre des deutschen Heeres. Diese Anerkennung verbindet nicht, während es auf keinen der Mannschaften hier zum Ausdruck zu bringen. Die Zahl der Soldaten in Höhe von 20 000 befindet sich leider nicht in den gewünschten Bedingungen. Den letzten Jahre ist die Zahl der gebildeten Mannschaften gestiegen. Durch eine strenge Kontrolle der Offiziere und Unteroffiziere kann aber den gebildeten Mannschaften sehr wohl begegnet werden. Die Zügelbildung der Unteroffiziere muß verbessert werden. Ich bitte den Minister, mit aller Energie Maßnahmen zu treffen, um dem

Zweckmäßig

entgegenzutreten. Das wäre auch ein Mittel zur Befestigung der Disziplin. Sehr groß ist die Zahl der Schießenden im Sanitätskorps. Die Sanitätskorps sind überlastet. Politik im Felde, im Offizierskorps wollen wir nicht haben. Der Kriegsminister sollte streng an der Vorkontrolle festhalten, daß Offiziere in politische Versammlungen nicht gehen dürfen. Der Wehrverein ist ein politischer Verein, da dürfen keine Offiziere hin. Die Betätigung mancher verabschiedeter Offiziere grenzt nachgerade an Gemeingefährlichkeit. Die neuen Listen verlangen ein solches Maß von Ehrerbietigkeit von dem deutschen Volke, das eine Aufgabe wohl am Wege ist. Wenn der Minister hier in der Kriegsministerium betrifft, so wollen wir dem Kriegsminister eine Nachrichteile nicht verweigern; nur ein politisches Presseferat wollen wir nicht. Der neue Etat ist ja mit großer Sorgsamkeit aufgestellt. Mit dieser Anerkennung will ich dem Sozialistensinn des Kriegsministers keine Biegel anlegen.

Abg. Vossmann (Natl.): Auch wir sind nach wie vor überzeugt, daß die große Wehrvorlage eine Notwendigkeit war zur Erhaltung des Selbstfriedens. Überall hält die

intentionale Spannung

an, Vernehmung von Wehrangehörigen und Komplicationsmöglichkeiten sind die Signatur unserer Zeit. Das beabsichtigte Geet ist für Deutschland gerade gut genug. Deshalb Herr von Falkenhayn Kriegsminister geworden ist, darauf kommt es uns nicht an. Seine Amtstätigkeit zeigt, daß er kein Arbeitsfaul sehr gut beherrscht. Die glatte Durchführung der Wehrvorlage erfüllt uns mit Genugthuung. Die neuen Bestimmungen über die Anwendung der Wehrangehörigen bedeuten einen erheblichen Fortschritt. Die Wehrangehörigen sind in letzter Zeit in bedauerlicher Weise wieder herabgezogen worden. Man muß dabei bedenken, daß alles mit minutiöser Einzelheit in die Auslandspreise übergeht. Jeder Kommandoertrag muß eine strenge Überwachung seiner Unteroffiziere und seiner alten Kerle übernehmen. Wegen des Presseferats muß eine Verständigung herbeigeführt werden. Die Reform der Wehrangehörigen ist dringend erforderlich. Auch die Stellung der Zahlmeister ist reformbedürftig. Bei der Durchführung der Wehrvorlage hat die Wehrverwaltung ihre Zeit in ungenutzter Weise verstreut. Sie hat musterhaft und geschickt gearbeitet. Das ist zu beklagen. Sie hat volles Verständnis gezeigt für die Wehrangehörigen. Die in der Wehrvorlage gesehnet sind. (Rebhaber Wehr.)

Abg. Dombek (Natl.): Wenn die politischen Refruten auch besonders zurückhaltend sind, so ist erwiehen, namentlich aus Wehrangehörigenprojekten, daß die politischen Refruten schlechter behandelt und mehr beschimpft werden als ihre Kameraden. Politische Kaufleute und sonstige Lieferanten dürfen von den Wehrangehörigen für das Heer nicht ausgeschlossen werden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 5. Mai 1914.

Am Regierungssitzung Kallusminister Dr. von Trott zu Solch.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die

Erweiterung des Stadtkreises Köln

und die Organisation der Amtsgerichte Köln I und Mülheim am Rhein. Nach der Vorlage sollen die Stadtgemeinde und der Stadtkreis Mülheim a. Rh. und die Landgemeinde Werheim mit Wirkung vom 1. April 1914 ab mit Köln vereinigt werden. Die Amtsgerichte Köln und Mülheim sollen ihre Bezirke bis auf weiteres vorbehaltlich von Grenzberichtigungen beibehalten.

Die verfasste Gemeindeforschung beantragte, die Vorlage anzunehmen und die dazu eingegangenen Petitionen für erledigt zu erklären.

Verdichteter Abg. v. Forster (Freisinn.) empfahl den Kommissionsantrag.

Abg. Dr. v. Brüning (Konf.): Für Köln ist die Notwendigkeit der Eingemeindung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zugegeben. Noch weniger liegt bei Mülheim die Notwendigkeit dieser Vereinigung mit Köln vor. Unter keinen Umständen aber dürfen Teile von Werheim, die überwiegend in die Richtung von Charakter tragen, mit Köln vereinigt werden. (Beifall.)

Abg. Franz-Söll (Natl.): Durch den jetzt ansgützel ist die Stadt Köln behindert, sich weiter auszubehnen. Um eine Gebietsveränderung zu erreichen, ist die Eingemeindung der einzig gangbare Weg.

Abg. Hafencleuer (Natl.): Wir haben aus den Kommissionsverhandlungen dieses Hauses die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Vereinigung der Stadt Köln mit den Gemeinden Mülheim und Werheim erkannt.

Abg. Forster (Freisinn.): Meine Freunde werden im allgemeinen für die Vorlage stimmen.

Regierungskommissioner Landrat v. Geyern: Notwendig ist die Eingemeindung in Köln, wenn irgend wann und irgend wo eine Eingemeindung notwendig ist. Auch der Staat hat ein Interesse daran, daß drei Gemeinden, von denen zwei nicht recht lebensfähig sind, zu einem großen blühenden Gemeinwesen vereinigt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Weder-Siegrist (Natl.): Wir sind für die Eingemeindung. Ich bin nicht Vertreter von Köln, erenne aber doch nach gründlicher Prüfung der Verhältnisse die Eingemeindung als notwendig an.

Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit in zweiter und darauf in dritter Beratung angenommen. Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur

Erklärung des Gesetzes über die Errichtung von

Rechenhallen

vom 2. März 1880. Die Vorlage ermächtigt die Regierung, eine drückende und verbindliche Verbindung von Rechenhallen vorzunehmen, und bezieht die Rechenhallen in die in den oben angeführten Gesetzen nach § 20 a, c, d, e, f, g, h, i, j, k, l, m, n, o, p, q, r, s, t, u, v, w, x, y, z, aa, ab, ac, ad, ae, af, ag, ah, ai, aj, ak, al, am, an, ao, ap, aq, ar, as, at, au, av, aw, ax, ay, az, ba, bb, bc, bd, be, bf, bg, bh, bi, bj, bk, bl, bm, bn, bo, bp, bq, br, bs, bt, bu, bv, bw, bx, by, bz, ca, cb, cc, cd, ce, cf, cg, ch, ci, cj, ck, cl, cm, cn, co, cp, cq, cr, cs, ct, cu, cv, cw, cx, cy, cz, da, db, dc, dd, de, df, dg, dh, di, dj, dk, dl, dm, dn, do, dp, dq, dr, ds, dt, du, dv, dw, dx, dy, dz, ea, eb, ec, ed, ee, ef, eg, eh, ei, ej, ek, el, em, en, eo, ep, eq, er, es, et, eu, ev, ew, ex, ey, ez, fa, fb, fc, fd, fe, ff, fg, fh, fi, fj, fk, fl, fm, fn, fo, fp, fq, fr, fs, ft, fu, fv, fw, fx, fy, fz, ga, gb, gc, gd, ge, gf, gg, gh, gi, gj, gk, gl, gm, gn, go, gp, gq, gr, gs, gt, gu, gv, gw, gx, gy, gz, ha, hb, hc, hd, he, hf, hg, hh, hi, hj, hk, hl, hm, hn, ho, hp, hq, hr, hs, ht, hu, hv, hw, hx, hy, hz, ia, ib, ic, id, ie, if, ig, ih, ii, ij, ik, il, im, in, io, ip, iq, ir, is, it, iu, iv, iw, ix, iy, iz, ja, jb, jc, jd, je, jf, jg, jh, ji, jj, jk, jl, jm, jn, jo, jp, jq, jr, js, jt, ju, jv, jw, jx, jy, jz, ka, kb, kc, kd, ke, kf, kg, kh, ki, kj, kl, km, kn, ko, kp, kq, kr, ks, kt, ku, kv, kw, kx, ky, kz, la, lb, lc, ld, le, lf, lg, lh, li, lj, lk, ll, lm, ln, lo, lp, lq, lr, ls, lt, lu, lv, lw, lx, ly, lz, ma, mb, mc, md, me, mf, mg, mh, mi, mj, mk, ml, mm, mn, mo, mp, mq, mr, ms, mt, mu, mv, mw, mx, my, mz, na, nb, nc, nd, ne, nf, ng, nh, ni, nj, nk, nl, nm, nn, no, np, nq, nr, ns, nt, nu, nv, nw, nx, ny, nz, oa, ob, oc, od, oe, of, og, oh, oi, oj, ok, ol, om, on, oo, op, oq, or, os, ot, ou, ov, ow, ox, oy, oz, pa, pb, pc, pd, pe, pf, pg, ph, pi, pj, pk, pl, pm, pn, po, pp, pq, pr, ps, pt, pu, pv, pw, px, py, pz, qa, qb, qc, qd, qe, qf, qg, qh, qi, qj, qk, ql, qm, qn, qo, qp, qq, qr, qs, qt, qu, qv, qw, qx, qy, qz, ra, rb, rc, rd, re, rf, rg, rh, ri, rj, rk, rl, rm, rn, ro, rp, rq, rr, rs, rt, ru, rv, rw, rx, ry, rz, sa, sb, sc, sd, se, sf, sg, sh, si, sj, sk, sl, sm, sn, so, sp, sq, sr, ss, st, su, sv, sw, sx, sy, sz, ta, tb, tc, td, te, tf, tg, th, ti, tj, tk, tl, tm, tn, to, tp, tq, tr, ts, tt, tu, tv, tw, tx, ty, tz, ua, ub, uc, ud, ue, uf, ug, uh, ui, uj, uk, ul, um, un, uo, up, uq, ur, us, ut, uu, uv, uw, ux, uy, uz, va, vb, vc, vd, ve, vf, vg, vh, vi, vj, vk, vl, vm, vn, vo, vp, vq, vr, vs, vt, vu, vv, vw, vx, vy, vz, wa, wb, wc, wd, we, wf, wg, wh, wi, wj, wk, wl, wm, wn, wo, wp, wq, wr, ws, wt, wu, wv, ww, wx, wy, wz, xa, xb, xc, xd, xe, xf, xg, xh, xi, xj, xk, xl, xm, xn, xo, xp, xq, xr, xs, xt, xu, xv, xw, xx, xy, xz, ya, yb, yc, yd, ye, yf, yg, yh, yi, yj, yk, yl, ym, yn, yo, yp, yq, yr, ys, yt, yu, yv, yw, yx, yy, yz, za, zb, zc, zd, ze, zf, zg, zh, zi, zj, zk, zl, zm, zn, zo, zp, zq, zr, zs, zt, zu, zv, zw, zx, zy, zz.

Abg. Vossmann (Natl.): Meine politischen Freunde sind bereit, der Vorlage ohne Kommissionsberatung zuzustimmen.

Abg. Dr. Schröder-Raiffel (Natl.): Ich beantrage, die Vorlage der Agrarkommission zu überweisen. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. Wolff-Siffa (Natl.): Die Vorlage muß eingehend geprüft werden, und deshalb schließen wir uns dem Antrage auf Überweisung an die Kommission an.

Abg. Vossmann (Natl.): Die Kommission der Rechenhallen ist schon im Jahre 1909 wieder wachend wird. Die Rechenhallen, die durch die Siedlungsvereinigungen in Schlesien die Rechenhallen in Breslau mit Arbeit überlastet wird, ist völlig ungenügend.

Der Gesetzentwurf wurde der Agrarkommission übergeben. Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend

weitere Beschäftigung von Hilfsrichtern bei dem Oberverwaltungsamt.

Abg. Gamp-Oblath (Freisinn.) beantragte, daß alle Beamte, die zur Befreiung von höheren Verwaltungsämtern befähigt sind, als Hilfsrichter einberufen werden können.

Abg. Jutz (Natl.): Wir beantragen, die Vorlage einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Eine Verwendung von Hilfsrichtern an unseren höchsten Gerichten darf nur unter besonderen Ausnahmeverhältnissen stattfinden.

Abg. Gamp-Oblath (Freisinn.): Wir stimmen der Überweisung an eine besondere Kommission zu.

Abg. Vossmann (Natl.): Die Kommission der Hilfsrichter ist an sich schon bedenklich, sie ist aber am bedenklichsten bei den höchsten Instanzen. Wir werden in der Kommission denjenigen Weg suchen und finden, der das Ansehen des Oberverwaltungsgerichts und das Vertrauen zu ihm wahrt.

Abg. v. Vossler (Konf.): Die Vorrede haben nicht genügend die Vorlage genehmigt, in der sich das Oberverwaltungsamt gegenüber befindet, und die uns dahin bringt, noch einmal dieses Komitee zu machen. Der gemeinsamen Kommissionsberatung wollen wir uns jedoch nicht entgegenstellen.

Abg. King (Freisinn.) erklärte die Zustimmung seiner Freunde zu der Überweisung an eine Kommission. Die Vorlage wurde einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiehen.

Die Beratung des

Kulturnachschub

wurde darauf bei den höheren Lehranstalten fortgesetzt.

Abg. Reichardt (Natl.) führte Beschwerde darüber, daß an einer in der Hauptstadt kaisersohnlicher Anstalt die Wehrangehörigen durch einen ungenügenden Gehalt gezwungen sind, die Wehrangehörigen (Natl.) hat ein besseres Ansehen der Wehrangehörigen in Gesehild zusammenhängender Wehrangehörigen.

Abg. Reichardt (Natl.): In das abstrakte sind alle höheren Lehranstalten überführt. Ich bitte wenigstens um Fortführung der vorhandenen Nebenklassen am Realgymnasium.

Gesamtheit Villmann: Die Regierung ist bereit, wenn das Bedürfnis hierfür vorhanden ist, und ein geeigneter Weg dafür gefunden wird, der Errichtung einer neuen Anstalt in Dresden näherzutreten.

Abg. Reichardt (Natl.): Ich möchte die Bitte des Kollegen Reichardt auch meinerseits unterstützen.

Abg. Dr. Krüger-Marinow (Konf.) wünschte einen höheren Staatszuschuß für die höheren Lehranstalten in Westpreußen.

Abg. Dr. Arning (Natl.) begründete einen Antrag der Wehrangehörigen, v. Rappenhain u. Gen., die Regierung zu erlauben, im kommenden Etat für die Kolonialschule in Wismarhausen einen fortlaufenden jährlichen Staatsbeitrag von 10 000 Mark einzustellen.

Abg. King (Natl.) begründete einen Antrag der Wehrangehörigen, Graf Falkenberg u. Gen., die Regierung zu erlauben, im kommenden Etat für die Anstalt in Engelhardt behufs Ausbildung von Handwerker und Landwirten für die Kolonien einen fortlaufenden jährlichen Staatsbeitrag von 3000 Mark einzustellen.

Abg. Hoff (Natl.): Ich möchte das Gesuch der Stadt Tschöbe befürworten, die Kaiser Karl-Schule, Realgymnasium mit Realschule, auf den Staatsetat zu übernehmen.

Die beiden Anträge der Wehrangehörigen, Dr. Arning und King wurden der Budgetkommission übergeben.

Bei den Ausgaben für naturwissenschaftliche Fortbildungskurse für Lehrer höherer Lehranstalten forderte

Abg. Rieker (Natl.): Eine Erhöhung der im Etat ausgeworfenen Mittel.

Bei den Zuschüssen für die Anstalten für die weibliche Jugend bemerkte

Abg. v. Kessel (Konf.): Den Privat-Mädchenschulen kann nur geboten werden durch stärkere staatliche Unterstützung.

Bei den Ausgaben für die Anstalten für die weibliche Jugend bemerkte

Abg. Dr. Kaufmann (Natl.): Unter dem Ausdruck „bierter Weg“ versteht man nicht anderes, als daß man auch den jungen Mädchen, die das Oberlyzeum absolviert haben, die Möglichkeit eröffnen will, die Universität zu besuchen. Ich bitte den Minister, die Wünsche der sehr zahllosen privaten höheren Mädchenschulen wohlwollend zu prüfen.

Abg. Dr. Herwig (Natl.): Wichtig ist, daß ein Vorzug des Oberlyzeums gegenüber der Studienanstalt Berlin besteht, daß die Entscheidung über die Wahl des höheren Studiums weiter geschoben werden kann, als dies bei den Studienanstalten möglich ist. Aber ich würde es sehr bedauern, wenn die Oberlyzeen jetzt verfallen würden, den Studienanstalten das Wasser abzugraben.

Kultusminister Dr. von Trott zu Solch: Die Gegenseitigkeit gegen meinen Erlaß über den sogenannten „Bereten Weg“ vom Oktober vorigen Jahres geht von der falschen Voraussetzung aus, daß das Oberlyzeum eine femininere Anstalt sei. Es ist aber eine höhere Lehranstalt. Damit sollen auch die Gründe, die gegen meinen Erlaß geltend gemacht werden. Das Oberlyzeum soll unseren Töchtern eine

weiter Eigenart angepaßte Bildung verschaffen und denjenigen, die das Zeug dazu haben, das Universitätsstudium ermöglichen. Es soll jedoch nicht alle jungen Mädchen zur Universität führen, denn ein

Herzhaft im Frauenstudium

hätte ich nicht für möglich. Es besteht keineswegs die Absicht, den beliebigen höheren Mädchenschulen das Leben schwerzumachen und einer angemessenen Bemerkung dieser Schulen entgegenzutreten. Freilich müssen die privaten höheren Mädchenschulen dieselben Anforderungen erfüllen wie die entsprechenden öffentlichen. Die Zahl der öffentlichen Frauenstudien ist bereits erheblich gewachsen. Die für die höheren Mädchenschulen mit Zustimmung des Senates aufgestellten Grundätze sollen nichts Unabänderliches sein. Wenn Änderungen notwendig oder wünschenswert werden sollten, so bin ich der Letzte, der sich dagegen wehren würde, denn Bestehen zu tragen. (Beifall.)

Abg. Rieker (Freisinn.): Die Oberlyzeen halten wir für eine nützliche Einrichtung, weil sie der Eigenart der weiblichen Jugend entsprechen. Das Niveau der Universitäten darf aber nicht durch das Frauenstudium herabgedrückt werden.

Abg. Münsterberg (Natl.): Es wäre angebracht, wenn der Etat wie für die privaten Knabenstudien auch für die privaten Mädchenschulen Weisungen gewährte.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Petition an den Reichstag.

Der geschäftsführende Ausschuss des Reichsverbandes der deutschen Reichs- und auf den Beschluß der Budgetkommission des Reichstages, der die für das Presseferat im Kriegsministerium angeforderten Mittel ablehnt, eine Petition an den Reichstag gerichtet, in der die bringende Bitte ausgesprochen wird, entgegen dem Beschluß der Budgetkommission die Mittel unverzüglich zu bewilligen und auch weiterhin den Ausbau des Nachrichtenwesens den Bedürfnissen der Presse entsprechend fördern zu helfen.

Zum Fall Zafrow.

Das Meistens-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft beschloß gestern nach mehrtägigen Verhandlungen: Das Kollegium erachtet die Forderungen der Dozenten auf lebenslängliche Anstellung und Vorkursrecht als geeignete Grundlage zu einer Verständigung, solange jedoch der Streit an der Handelshochschule besteht, ist das Meistens-Kollegium aufzufordern, zu den formulierten Vorschlägen Stellung zu nehmen. Nach Beendigung des Streits ist das Kollegium bereit, mit den Dozenten in Verbindung zu treten, und spricht die Hoffnung aus, daß eine Einigung zustande kommen wird, die den Interessen der Handelshochschule entspricht. Es ist selbstverständlich, daß es dem Meistens-Kollegium ferngeliegen hat, Herrn Prof. Zafrow irgendeine zu verlesen. Wie bestimmt verkantet, wollen die Studierenden die Stellungnahme der Dozenten abwarten und nicht früher die Vorlesungen beenden.

Der Vorlaut der Debrück-Wede.

Bei der telephonischen Uebermittlung der Rede des Staatsministers Debrück vom Sonntag, der eine topographische Aufzeichnung nicht zugrunde lag, sind nach einer halbseitigen Mitteilung Ungenauigkeiten untergefallen. Die in Frage kommende Stelle der Rede ist wie folgt zu lesen:

„Wer wie wir in Berlin tagtäglich in der Schopenhauerstraße stehen, wird durch die Kritik, die er dauernd über, aber über sich erheben lassen muß, in der Freiheit des Artikels behindert, was eigentlich das Ergebnis unserer Arbeit ist. (Allgemeine Heiterkeit.) Sie werden mir darin zustimmen, daß es gemeinlich in der Anstalt ist, als wenn man sich der Erfolge von der Ermüdung unersetzbar ist, nichts so wenig bemerkt ist, als im Reichstag. Es ist selbstverständlich nicht der Fall, aber es kann doch geschehen. Hier draußen aber in der freien bankeitsigen Luft an der Spitze des Weltmeeres, angesichts dieses stolzen Schiffes, das sich zu seiner ersten Fahrt in den Ozean anschickt, wird unser Bild freier, und wir sagen uns mit Stolze, daß wir im Laufe der letzten vier Jahre im Deutschen Reich die doch nicht vergebens gearbeitet haben.“

Meinere politische Nachrichten.

Dem Generalleutnant a. D. Freiherrn von der Woll, bisher von der Armee, ist der königliche Kronenorden erster Klasse verliehen worden.

Die internationale Schiedsgerichtskommission zur Regelung der Streitigkeiten zwischen Belgien und Spanien, die im Reichstag am 1. März 1914 in Paris zusammengetreten, sind die Büros der Kommission damit beauftragt, die zahlreichen Besuche zu registrieren, die für die spanische Zone bis zum 30. für die französische Zone bis zum 30. d. Mts. eingereicht sein müssen. Die Besuche werden einer Kommission unterbreitet werden, die aus einem Oberbeschreiber, einem Schiedsrichter des Reiches und einem Schiedsrichter der Nationalität des Antragstellers gebildet wird. Eine abschließende Entscheidung dieser Kommission ist endgültig. Wenn die Kommission die gleiche Beschlüsse eines Antragstellers beschiedener Nationalität ausstellen, wird diese einer anderen Kommission, bestehend aus einem Oberbeschreiber und Schiedsrichtern von der Nationalität der beschiedenen Antragsteller, überweisen. Die Kommission kann den abgemieteten Antragstellern Schiedsrichter zufügen, Schiedsrichter für die Nationalität in der Regierung des Antragstellers. Schiedsrichter werden später seinen Schiedsrichter ernennen.

Ausland.

Der amerikanisch-mexikanische Konflikt.

In einem Auftruf, der von Zapata am 1. Mai unterzeichnet und geteilt veröffentlicht wurde, wird bekanntgegeben, daß die Anführer des Südens die Stadt Mexiko angriffen und über Cuernavaca zum Generalplanquet das Todesurteil auszusprechen wollen. Durch diesen Auftruf wird die Meldung widerlegt, daß Zapata und Guertia zusammenwirkten und Zapata auf Veracruz marchierte.

Die Antwort Villas auf die Aufforderung der Anhänger Guertias, seine Streitkräfte mit ihnen zu verbinden, und die Amerikaner zurückzutreiben, war eine vollkommene Ablehnung. Der Rebellenführer erklärte, die Anhänger Guertias hätten die Intervention der Fremden für ihre eigenen Zwecke heraufbeschworen.

General Junon lieh heute Feldgeschütze landen, nachdem er erfahren hatte, daß die mexikanischen Bundesstruppen von der Hauptstadt aus Artillerie gegen Veracruz

